



SESSIONSBRIEF

Dezember 2021

EDITORIAL

WILLKOMMEN IM BUNDESHAUS

Sehr geehrte Damen und Herren

Bringt die Wintersession die Rückkehr zur Normalität? Sie, wir, alle haben sich lange diese Frage gestellt – nachdem mit der Herbstsession doch der Eindruck entstanden ist, Normalität im täglichen Austausch und in der laufenden Zusammenarbeit sei möglich.

Doch die Realität belehrt uns eines Besseren. Der Winter wird keine corona-freien Wochen bringen. Veranstalter/innen sehen sich angesichts der erneut steigenden Infektionszahlen veranlasst, ihre Weihnachtsveranstaltungen abzusagen; erneut sind wir aufgerufen, unsere Kontakte einzuschränken, und jede, jeder fragt sich: Wo gehe ich, verantwortlich handelnd, tatsächlich hin – und welche Sitzungen und Treffen könnte ich stattdessen virtuell veranstalten?

Wir versichern Ihnen: Die in der SPAG organisierten professionellen Lobbyistinnen und Lobbyisten wägen sorgfältig

ab, ob und wann wir bei Ihnen im Bundeshaus vorsprechen. Dies tun wir durchaus im Wissen, dass das Parlament im Sommer einen grossen Schritt getan und die Türen zum Bundeshaus wieder für alle geöffnet hat.

In einer fragilen Pandemie-Situation erachten wir Lobbyistinnen und Lobbyisten es als unsere Aufgabe, den uns gewährten Zutritt zum Parlament verantwortungsvoll und respektvoll zu nutzen und vorhandene Risiken zu kontrollieren, keinesfalls zu erhöhen.

Das demokratische System ist darauf angewiesen, dass wir uns mit Ihnen austauschen können. Professionelles Lobbying folgt jedoch klaren Regeln und basiert auf eben solchen Prinzipien – das gilt im Besonderen auch in einer Pandemie.

<https://www.public-affairs.ch/de/standeskommission/standesregeln>

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien alles Gute, beste Gesundheit und viele schöne Begegnungen im 2022.

Ihre SPAG

Reto Wiesli
Präsident

Bettina Mutter
Vizepräsidentin

Valérie Bourdin
Vorstandsmitglied

Jean-Christophe Britt
Vorstandsmitglied

Patrick Eperon
Vorstandsmitglied

Christophe Hans
Vorstandsmitglied

Aus dem Parlamentswörterbuch: «Lobby»

Als gewählte Parlamentarierin und gewählter Parlamentarier ist das [Parlamentswörterbuch](#) sicherlich nicht Ihre tägliche Lektüre. Wir gestatten uns deshalb einen Hinweis. Unter dem Begriff «[Lobby](#)» steht im Wörterbuch, welches der breiten Öffentlichkeit zugänglich ist:

«Lobbyistinnen und Lobbyisten vertreten die Interessen von Verbänden, Firmen oder Organisationen bei den [Ratsmitgliedern](#), gehören dem Parlament selber aber nicht an. *Lobbyisten können Zugang zum [Parlamentsgebäude](#) erhalten, wenn ihnen ein Ratsmitglied eine Zutrittskarte ausstellen lässt.* Jedes Ratsmitglied kann Zutrittskarten für zwei Personen ausstellen lassen.»

Diese Erläuterung gibt die geltende Regelung nur teilweise richtig wieder, respektive: Sie ist teilweise falsch. Lobbyistinnen und Lobbyisten haben – wie alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – grundsätzlichen Zugang zum Bundeshaus. Dabei ist mit dem heute geltenden «Badge»-System zwar ersichtlich, wer via Zutrittskarte ins Bundeshaus kommt. Wer einfach als Besucherin oder

Besucher ins Bundeshaus kommt (und möglicherweise Lobbying-Mandate innehat), ist jedoch nicht ersichtlich.

Die SPAG-Mitglieder deklarieren alle Ihre Mandate und Auftraggeber; die SPAG praktiziert damit eine Selbstregulierung, die ein taugliches Modell für eine offizielle Regelung darstellt.

Gerne erinnern wir an dieser Stelle daran: Die SPAG setzt sich im Namen ihrer Mitglieder für eine transparente Zutrittsregelung für alle Lobbyistinnen und Lobbyisten ein. Die Zutritte würden dann auf Grund eines Registers vergeben, in welchem alle Interessenvertreter/innen ihre Mandate und Auftraggeber deklarieren. Somit würde Transparenz geschaffen, wer alles Zutritt hat zum Bundeshaus. Im Parlaments-Wörterbuch könnte dann unter dem Stichwort «Lobby» stehen: *«Lobbyisten tragen ihre Mandate und Auftraggeber in einem offiziellen Register ein. Wer im Register eingetragen ist und sich als professioneller Interessenvertreter / professionelle Interessenvertreterin ausweist, hat Zutritt zur Wandelhalle».*

Keine bezahlten Mandate mehr für Kommissionsmitglieder? pa. Iv. 19.414 «Verbot der Annahme von bezahlten Mandaten im Zusammenhang mit der Einsitznahme in parlamentarischen Kommissionen»

Die SPAG verfolgt die Diskussionen betreffend der parlamentarischen Initiative [19.414 «Verbot der Annahme von bezahlten Mandaten im Zusammenhang mit der Einsitznahme in parlamentarischen Kommissionen»](#) interessiert – und dabei auch irritiert.

Die Vorlage mag in ihrer Grundanlage wohl hehren Absichten folgen, in der geforderten gesetzlichen Ausgestaltung ist sie jedoch untauglich und abzulehnen: Die Pa. Iv. fordert, dass *«Mitglieder der Bundesversammlung keine bezahlten Mandate von Unternehmen oder Organisationen annehmen dürfen, die von rechtlichen Regelungen betroffen sein könnten, für deren Beratung diejenigen Kommissionen zuständig sind, denen das Ratsmitglied angehört».* Dies, sofern es sich nicht um Mandate handelt, *«welche Parlamentarier im Rahmen einer hauptberuflichen Tätigkeit ausüben, über welche Parlamentarier bereits vor der Wahl in die betroffene Kommission verfügten und jene, die mit bescheidenen jährlichen Sitzungsgeldern entschädigt werden».*

Die pa. Iv. ist aus zwei Gründen untauglich: Erstens liegt es in der Natur eines Milizparlaments, dass dort durch die Gewählten auch die demokratischen legitimierte Interessen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft vertreten werden – egal, ob sie dies hauptberuflich oder über ein Mandat tun. Ferner ist es logischerweise bedenklich, Gewählten, die vor ihrer Wahl Mandate inne haben, einen Sitz in einer relevanten Kommission zu gestatten – sie Neugewählten dann jedoch in der Annahme zu verwehren, dass sie «gekauft» und weniger unabhängig sind als ihre Kollegen.

Richtigerweise hat nun Ihre staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) den Entwurf der Vorlage deutlich abgelehnt, «da sie zu einer Ungleichbehandlung der Ratsmitglieder führt. Zudem bringt sie zu viele Auslegungs- und Anwendungsprobleme mit sich». Damit ist auch klar: Das Problem liegt in einem Milizsystem wie dem unseren zunächst anderswo, nämlich bei der Transparenz. Lobbying-Aktivitäten sind transparent auszuweisen, so dass die Öffentlichkeit und die Politik selbst diese in jedem Moment nachvollziehen können.

Über uns

Die SPAG ist der Verband der professionellen Interessenvertreter/innen und Lobbyist/innen. Als einzige solche Organisation in der Schweiz sorgen wir für griffige Selbstregulierung: Wir verpflichten unsere Mitglieder mit klaren Regeln zu Transparenz. Mit einer darauf basierenden, offiziellen Zutrittsregelung wird ersichtlich, wer als Interessenvertreter für welche Auftraggeber das Bundeshaus betritt.



Illustration: Lakritza GmbH
Foto der Wandelhalle: Parlamentarische Dienste, 3003 Bern

Neue SPAG-Mitglieder

(per 30.11.2021)

- Nicole Manetti, Pfizer
- Philipp Scharpf, Samsung Electronics
- Sebastian Mörth, Medtronic
- Philipp Senn, Nagra
- Michèle Sierro, Interpharma

Hier geht es zur Mitgliederliste:

<https://www.public-affairs.ch/de/ueber-uns/mitglieder>

Save the date

GV & Frühjahrs-Sessionsanlass 2022

Dienstag, 8. März 2022
10:15 – 12:15 Uhr
12:30 – 14:30 Uhr
Hotel Bellevue Palace, Bern

Unsere Veranstaltungen

Winter-Sessionsanlass «Energieversorgung in der Klimakrise»

NEU
ONLINE-Durchführung

Dienstag, 7. Dezember 2021
12:30 – 14:30 Uhr

Inputreferat von
Werner Luginbühl, Präsident Elcom

Die Stromversorgungssicherheit ist längst zum Thema avanciert, das auch die Schweiz beschäftigt. Unser Gast-Referent, ElCom-Präsident und Alt Ständerat Werner Luginbühl, wird es von verschiedenen Seiten beleuchten und die Beziehungen zur EU, die Selbstversorgung der Schweiz sowie die Fragen der Biodiversität und der Landschaft ansprechen. Im Anschluss vertiefen Podiumsteilnehmende des Parlaments die offenen Fragen zur Energieversorgung der Zukunft.

An der Podiumsdiskussion nehmen teil:

- **Elisabeth Baume-Schneider**, Ständerätin, SP JU
- **Susanne Vincenz-Stauffacher**, Nationalrätin, FDP SG
- **Albert Rösti**, Nationalrat, SVP BE
- sowie **Werner Luginbühl**, Präsident der ElCom, Alt Ständerat

Moderation: **Andrea Kucera**, Redaktorin Bundespolitik NZZ am Sonntag

Anmeldung:

<https://www.public-affairs.ch/de/termine/winter-sessionsanlass-energieversorgung-der-klimakrise-2021-12-07>

Sie erhalten den Link zur Online-Teilnahme per Email am 7.12.2021 zugeschickt.